

**Stellungnahme des VBE NRW zum Antrag der
Fraktion FDP – Digitale Bildung und Medienkompetenz in den Schulen
stärken – durch bundesweite Bildungsstandards, ein Bund-Länder-
Sonderprogramm zur Ausstattung der Schulen und eine Qualifizierungs-
offensive der Lehrerschaft (Drucksache 16/10796)**

Der VBE kritisiert seit langem die mangelhafte Ausstattung der Schulen mit digitalen Lernmitteln und begrüßt daher den Antrag der FDP-Fraktion Digitale Bildung und Medienkompetenz in den Schulen zu stärken.

Während die Digitalisierung in der Berufs- und Lebenswelt ständig an Fahrt zunimmt, dümpelt die Ausstattung der Schulen und die Qualifizierung der Lehrkräfte weiter vor sich hin. Das politische Handeln erschöpft sich weitgehend im Kleinreden des notwendigen Investitionsbedarfs.

Hinweise, dass eine moderne Hardware nicht unbedingt durch die Schulträger oder das Land bereitgestellt werden müsse, sondern man vielmehr auf die bei den Kindern vorhandenen Geräten zurückgreifen könne, sieht der VBE kritisch. Sie verstärken die Ungerechtigkeit der Bildungschancen im Bereich digitale Bildung.

Repräsentative Befragungen von Lehrkräften aus November 2014 und aus Dezember 2015, die vom VBE in Auftrag gegeben wurden, machen das gesamte Desaster deutlich. Es fehlt an technischen Voraussetzungen in den Schulen, es gibt kein ausreichendes Fortbildungsangebot für die Lehrkräfte und der technische Support für bestehende Ausstattungen werden weitgehend dem zufälligen Know-How von Lehrern und Eltern überlassen.

Die Ergebnisse der Umfragen belegen im Einzelnen, dass Schulen weit davon entfernt sind, den PC für Lehrkräfte zum alltäglichen persönlichen Arbeitsgerät am Arbeitsplatz Schule zu zählen. PCs stehen in der Regel als Einzelexemplar im Lehrerzimmer, bei der Schulleitung oder in Computerräumen. 15 Prozent aller befragten Lehrer landesweit haben nicht einmal Zugang zu einem solchen PC.

Insbesondere die Grundschulen sind abgehängt, auch auf diesem zukunftssträchtigen Feld. Von den befragten Grundschullehrkräften haben 27 Prozent keinerlei Zugang zu einem Dienst-PC. Ein schnelles Internet geben nur 59 Prozent der befragten Grundschullehrkräfte für ihre Schule an. Den Zugang an der Grundschule zu einer geschützten Online-Plattform für Unterricht, Hausaufgaben oder Elternkontakte bestätigte nur ein knappes Drittel, während landesweit 39 Prozent der Befragten den Zugang bestätigen.

Aber nicht nur die IT-Ausstattung ist mangelhaft, überdies wird auch die technische Betreuung den Schulen selbst überlassen. Weniger als die Hälfte der befragten Lehrerinnen und Lehrer berichten, dass sich an ihrer Schule IT-Fachpersonal bzw. ein IT-Support darum kümmert. 71 Prozent geben an, dass sich einzelne Fachlehrer um die Wartung kümmern.

Als Privatangelegenheit wird offenbar vom Dienstherrn auch die Aneignung von Kenntnissen für IT-gestützten Unterricht behandelt. Lehrerfortbildung ist hier Fehlanzeige. Neun von zehn der befragten Lehrkräfte haben sich überwiegend auf privatem Wege Kenntnisse angeeignet, jeder dritte auch mithilfe von Kollegen.

Unter dem Strich erhalten die Schulen in unseren Umfragen für ihre IT-Ausstattung gerade einmal einen Notendurchschnitt von 3,6 und damit die Schulnote „ausreichend“.

Sieben von zehn der befragten Lehrer befürworten eine Verbesserung der technischen Voraussetzungen für den Einsatz digitaler Geräte an ihrer Schule. Und acht von zehn Lehrern fordern mehr einschlägige Weiterbildungsangebote. Lehrer sind keine IT-Muffel. Nur vier Prozent der Befragten sehen in digitalen Technologien eine Mode, der die Schule nicht hinterherlaufen sollte.

Die Wirklichkeit hält unter diesen Umständen nicht mit den Bedingungen Schritt. Da immer mehr Aufgaben auf digitalem Wege erledigt werden müssen – angefordert von den Schulbehörden, weichen Lehrer zwangsläufig auf ihre auch privat genutzten modernen Geräte aus. Im Fall der Notenverwaltung erledigen das zwei von drei Kollegen auf Privatgeräten, bei der Schülerverwaltung sogar drei von vier, bei der Schülerbewertung sind es 43 Prozent der Befragten. Wohlgemerkt: Es handelt sich hier um hochsensible Daten. Datenlecks, Hacking oder unkontrollierter Zugriff können zu gravierenden Verletzungen der Persönlichkeitsrechte von Schülern, Eltern und Lehrern führen. Unsere Umfrageergebnisse belegen einen skandalösen Umgang der Dienstherren und Schulträger mit den Lehrern und dem Datenschutz für die Schüler. Es ist inakzeptabel, dass von den Lehrern erwartet wird, ihren dienstlichen Auftrag mit Privatgeräten zu erfüllen und dabei das volle Risiko bei ihnen liegt.

Fazit: Die digitale Schule wird bisher vom Dienstherrn als Privatangelegenheit auf die Lehrer abgeschoben.

Der VBE unterstützt daher den Beschluss die Landesregierung dazu aufzufordern, sich auf Bundesebene und in der Kultusministerkonferenz dafür einzusetzen, dass bundesweite, fächerübergreifende verbindliche Bildungsstandards zur digitalen Medienbildung beschlossen werden und dass diese in den Lehrplänen des Landes für die Schulen in NRW verankert werden. Der VBE ist aber nicht dafür, ein eigenständiges Fach Medienkompetenz einzuführen, sondern unterstützt das Anliegen, wenn es darum geht, diese Inhalte in bestehende Fächer zu integrieren.

Der Beschluss, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass Bund, Länder und Kommunen einen Staatsvertrag zur Finanzierung der digitalen Infrastruktur an Schulen abschließen und der Bund damit seiner Verantwortung für diese gesamtgesellschaftliche Herausforderung gerecht wird, deckt sich mit den Forderungen des VBE.

Auch den Beschluss, ein umfangreiches, qualitativ hochwertiges zusätzliches Fortbildungsprogramm aufzulegen, um die nordrhein-westfälischen Lehrkräfte bestmöglich für die verantwortungsvolle Nutzung und somit die Vermittlung digitaler Kompetenzen zu qualifizieren, halten wir für sehr sinnvoll.

20.04.16

Udo Beckmann

Landesvorsitzender VBE NRW